

Lausitzer-Kohle-Rundbrief

**30. November
2023**

BRUNICOWY ROZGLĚD

1. Längerer Tagebaubetrieb in Jänschwalde nicht nachvollziehbar - Transparenz zu Kohlemengen eingefordert
2. Eine neue Glocke mahnt in Taubendorf zum Kohleausstieg
3. Cottbuser Seeufer auch im Oktober wieder gerutscht
4. Gerechter Wandel durch Fördermittel an Oligarchen?
5. Wärme für Cottbus und Peitz auch ohne Müllverbrennung in Jänschwalde gesichert
6. Bergschäden: Brandenburgischer Landtag lässt neue Anlaufstelle prüfen



1. Längerer Tagebaubetrieb in Jänschwalde nicht nachvollziehbar - Transparenz zu Kohlemengen eingefordert

Pressemitteilung, 27.11.2023. Der Umweltverband GRÜNE LIGA kritisiert, dass der Braunkohlentagebau Jänschwalde nicht wie geplant am Jahresende ausläuft, sondern überraschend bis zum Frühjahr 2024 weiter Kohle fördern soll. In Presseberichten wird der längere Betrieb damit begründet, dass im Kraftwerk Jänschwalde durch Havarien weniger Kohle verbraucht wurde, während in einer

Störungszone des Tagebaues mehr Kohle als erwartet gewonnen werden könne.

"Diese Begründung für einen längeren Betrieb des Tagebaues Jänschwalde ist nicht nachvollziehbar." wertet René Schuster von der GRÜNEN LIGA die Veröffentlichungen. "Das Unternehmen hätte die Zufuhr von Kohle über die Kohlebahn aus dem Tagebau Welzow-Süd rechtzeitig reduzieren können. Welzow-Süd wird von der LEAG selbst als ihr Puffer für schwankenden Bedarf dargestellt. Stattdessen wird mit Jänschwalde ausgerechnet der Tagebau länger betrieben, der den größten Grundwasserentzug aus der Region verursacht. So verzögert sich der Wiederanstieg des Grundwassers noch weiter."

Bei Verabschiedung des Braunkohlenplanes im Jahr 2002 war ein Betrieb des Tagebaues Jänschwalde nur bis zum Jahr 2019 geplant. Über einen Widerspruch der Deutschen Umwelthilfe gegen den Hauptbetriebsplan 2020-23 wegen offensichtlicher Rechtswidrigkeit wurde bis heute nicht entschieden.

Zugleich verweist die GRÜNE LIGA auf die notwendige Verkleinerung anderer Tagebaugebiete: "Wenn in Jänschwalde mehr Kohle gewonnen wird als geplant, muss umgehend Transparenz über die konkrete Menge hergestellt werden. Die LEAG muss dann andere Abbaugebiete entsprechend

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0)151 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

verkleinern." so Schuster. Die Angaben zu Kohleförderung werden seit 2022 von der Braunkohlenwirtschaft auf der Internetseite kohlenstatistik.de nicht mehr tagesauschärf veröffentlicht, wie dies zuvor jahrzehntelange Praxis war. Die zunehmende Intransparenz sollte von den Bergbehörden umgehend unterbunden werden. (Foto: Christian Huschga)

[Bericht der Lausitzer Rundschau](#) (€ - Bezahlschranke)

[Pressemitteilung der LEAG](#)



2. Eine neue Glocke mahnt in Taubendorf zum Kohleausstieg

Am 1.12.2023 lädt die evangelische Kirchengemeinde Region Guben zur Einweihung der neuen Glocke in Taubendorf ein. Bereits seit 2013 schlägt die Mahnglocke gegen weiteren Braunkohleabbau in dem Ort, nun wird eine Leihgabe durch eine eigene Glocke ersetzt.

Die Taubendorfer Mahnglocke wurde im Jahr 2013 durch das Engagement des Dorfes und der Kirchengemeinde errichtet, um täglich 5 Minuten vor 18 Uhr an das einst gegebene Versprechen der Landespolitik zu erinnern, dass nach Horno kein weiteres Dorf der Lausitz mehr dem Abbau von Braunkohle weichen sollte. Wären die Pläne des damaligen Braunkohlebetreibers, des schwedischen Staatskonzerns Vattenfall, in Erfüllung gegangen, wäre der sich dem Dorf nähernde Tagebau Jänschwalde in ein Nord-Feld übergegangen und drei weitere Dörfer der Gubener Region vernichtet worden. Den Taubendorfer Einwohnern und Einwohnerinnen drohte das Schicksal, für Jahrzehnte von einer kargen Halbinsel aus auf tote, von unten nach oben gekehrte Heimat zu blicken.

Um die Idee einer Taubendorfer Mahnglocke Realität werden zu lassen, wurde bereits 2012 in einer landesweiten Suchaktion nach einer funktionsfähigen Glocke Ausschau gehalten. Die Kirchengemeinde Altdöbern überließ den Taubendorfern ihre "Winterglocke" als Leihgabe für die Zeit der Mahnung. Am 9. Juni 2013, dem Tag der Einweihung der Taubendorfer Mahnglocke läutete die geliehene Bronzeglocke zum ersten Mal um fünf Minuten vor 18 Uhr für fünf Minuten. Seither brachte sie so jeden Tag zum Ausdruck, dass es endlich Zeit wird für das Ende des Braunkohle-Raubbaus an Mensch und Natur.

Wenn auch auf vielen Umwegen hat die Taubendorfer Mahnglocke schließlich ihr Ziel erreicht. Das Ende des Braunkohleabbaus in Deutschland ist wahrlich "eingeläutet". Der Tagebaus Jänschwalde wird ohne jede Erweiterung in ein Nord-Feld enden.

Die Taubendorfer Mahnglocke dagegen wird weiterhin bestehen. Nachdem die Altdöberner ihre "Winterglocke" nun doch vermissen, steht über das Gustav-Adolf-Werk eine passende Glocke aus Westfalen zur dauerhaften Verfügung. Am 1.12.2023 kann nun die alte Glocke ihren Heimweg antreten und die "Neue" offiziell mit einer Andacht eingeweiht werden, um weit über Taubendorf hinaus mit ihrem Klang dafür zu mahnen, die Energiewende voranzutreiben und dabei die Schöpfung zu achten und wahren. (Text: ev. Kirchengemeinde, leicht verändert, Foto: C. Huschga)

3. Cottbuser Seeufer auch im Oktober wieder gerutscht

Seit Juni 2023 wurde das Ufer des Cottbuser Ostsees im Bereich des Nordrandschlauches von der LEAG auf einer auf einer Länge von etwa 4,2 Kilometer nachsaniert. Und genau dort kam es Mitte Oktober kurz nach der Sanierung erneut zu einer Rutschung. Öffentlich bekannt wurde das erst einen Monat später durch einen [Bericht der Lausitzer Rundschau vom 17. November](#) (€).

Welche Maßnahmen dort ergriffen werden, ist noch nicht bekannt, denn das wird – wie auch bei jeder der bisherigen Rutschungen – zunächst mit dem Landesbergamt abgestimmt. Eine

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

Pressemitteilung der LEAG vermeldet derweil einen neuen Höchststand bei der Flutung des Sees, der mit 58,7 m NHN noch 3,8 Meter unter dem Flutungsziel liegt. Durch den regenreichen Oktober konnte die Flutung des Ostsees wieder aufgenommen und die Flutungsmenge sogar bis auf 3,8 Kubikmeter pro Sekunde erhöht werden. Dabei hat er wohl auch davon profitiert, dass wegen Sanierungsarbeiten in diesem Jahr der Wasserstand im Speicher Lohsa II gezielt abgesenkt wurde, so dass das überschüssige Spreewasser dort nicht eingeleitet werden konnte.

4. Gerechter Wandel durch Fördermittel an Oligarchen?

Durch die europäische Förderung aus dem sogenannten Just Transition fund (JTF) soll in den Braunkohlenregionen eine „vielfältige Wirtschaft entstehen, die krisenfest, tragfähig und regional verwurzelt ist.“ In der Praxis haben sich Großunternehmen, allen voran die LEAG, kräftige Anteile am Fördertopf gesichert, wie die [„Neue Lausitz“-Recherche bereits im Oktober](#) (€) feststellte.

In Sachsen bekommt die LEAG 95 Millionen, die ebenfalls zum EPH-Konzern gehörende MIBRAG weitere 18 Millionen, zusammen fast ein Fünftel des 645-Millionen-Fördertopfes. Auch in Brandenburg habe man „mit den Mitteln des JTF ein besonderes Augenmerk auf die Braunkohlewirtschaft gelegt“, wird das brandenburgische Wirtschaftsministerium zitiert. So können etwa „Großunternehmen aus dem Förderbereich der Energieversorgung einen Antrag stellen“.

EPH-Eigner Daniel Křetinský ist dafür bekannt, bevorzugt dort zu investieren, wo seine Geschäfte großzügig mit öffentlichen Geldern abgesichert werden. (ausführliches zu EPH in der [im Sommer veröffentlichten Broschüre](#)) Nur, wie viel das mit Wandel und erst recht mit Gerechtigkeit zu tun hat, ist nicht erkennbar.

5. Wärme für Cottbus und Peitz auch ohne Müllverbrennung in Jänschwalde gesichert

Das Brandenburger Wirtschaftsministerium sieht die Fernwärme-Versorgung von Cottbus und Peitz auch ohne die von der LEAG geplante Müllverbrennungsanlage (MVA) am Standort Jänschwalde als gesichert an. „(...) Zudem könnte das neue Gasheizkraftwerk der Stadt Cottbus die technische Versorgungssicherheit auch ohne das Kraftwerk Jänschwalde gewährleisten. Für den deutlich geringeren Wärmebedarf der Stadt Peitz gibt es ebenso technische Alternativen zur Müllverbrennung“, erklärte das Haus von Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) in der [Antwort auf eine parlamentarische Anfrage](#).

Das Aktionsbündnis „Contra MVA“ sieht sich in seiner Einschätzung bestärkt: „Nachdem das Umweltministerium mit Blick auf die enormen klimaschädlichen Auswirkungen bereits frühzeitig erhebliche Bedenken an dem Vorhaben bekundet hatte, ist damit nun auch das Wirtschaftsministerium zu dem Projekt auf Abstand gegangen. „Das ist ein wichtiges Signal in Richtung LEAG“, sagt Paul Suppan vom Aktionsbündnis. Allein der prognostizierte CO₂-Ausstoß von ca. 600.000 Tonnen pro Jahr entspräche in etwa der Menge, die das Land Brandenburg mit seinem millionenteuren Moorschutzprogramm einsparen will.

Die LEAG hatte das Projekt u. a. damit begründet, somit auf „lange Sicht eine verlässliche Wärmeversorgung“ anbieten zu können. „Wir fordern die LEAG auf, die Planungen für die überflüssige Verbrennungsanlage einzustellen“, so Suppan.

2019 wurden die Pläne vom Braunkohleverstromer LEAG bekannt, am Standort Jänschwalde eine Müllverbrennungsanlage errichten zu wollen. Gegen das klimaschädliche Vorhaben gibt es massiven Widerstand in der Region, u. a. auch wegen der hiermit verbundenen Belastung durch Schadstoffe und ein hohes Verkehrsaufkommen. In Frühjahr 2023 war bereits der Müllkonzern Veolia als Partner der LEAG aus dem Projekt ausgestiegen, das er als unwirtschaftlich ansieht. (Quelle: Pressemitteilung Aktionsbündnis vom 26.11.2023, gekürzt)

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

6. Bergschäden: Brandenburgischer Landtag lässt neue Anlaufstelle prüfen

Das Brandenburger Landesparlament hat am 24. November beschlossen, die Einrichtung einer Ansprechstelle für Bergschadenbetroffene zu prüfen. Die Forderung Betroffener nach der Wiedereinrichtung der zum Jahresanfang klammheimlich abgeschafften Schlichtungsstelle wurde damit nicht entsprochen. Die klare Absage des Wirtschaftsministers an die Schlichtungsstelle widerspricht dabei offenbar dem Koalitionsvertrag. Für eine grundlegende Verbesserung der Lage Betroffener führt letztlich aber kein Weg an einer Reform des Bundesberggesetzes vorbei.

Der im Landtag gefasste [Beschluss](#) lautet:

„Der Landtag fordert im Rahmen der zur Verfügung stehenden Personalstellen und Haushaltsmittel die Landesregierung auf,

1. Vorschläge zu erarbeiten, wie auch zukünftig von Landesseite Bergschadenbetroffene unterstützt werden können, ohne den Bergbaubetreiber aus der Verantwortung zu nehmen. Als eine Grundlage dafür soll das Gespräch auch mit Geschädigten und Beisitzern der Betroffenenenseite gesucht werden, um Hintergründe für die geringe Inanspruchnahme der Schlichtungsstelle für den Braunkohlenbergbau zu erfragen. In diesem Zusammenhang ist eine Ansprechstelle für Bergschadenbetroffene zu prüfen;

2. die Betroffenen auch zukünftig bei der Regulierung von Bergbauschäden zu unterstützen und insbesondere die mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der Gemeinde Tauer und dem Bergbaubetreiber initiierten Gespräche weiter zu begleiten und sich einer Einbeziehung weiterer betroffener Gemeinden nicht zu verschließen.

Dem zuständigen Ausschuss ist bis zum Ende des 1. Quartals 2024 zu berichten.“

Die Lausitzer Bündnisgrünen bezeichneten das in einer [Pressemitteilung](#) als „Schritt in die richtige Richtung“ und mahnen „schnellstmöglich einen umsetzungsreifen Vorschlag“ an. Als Vertreter der Betroffenen kündigte Christian Stecklina vom Gemeindegemeinderat Tauer an, dass sich sein Dorf mit Vorschlägen für die Ausgestaltung einer Anlaufstelle an das Wirtschaftsministerium wenden werde.

Die grüne Kreisvorsitzende von Spree-Neiße, Heide Schinowsky ist zudem irritiert, dass sich Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) in der [Landtagsdebatte](#) darauf festlegte, die Schlichtungsstelle solle „nicht wieder eingerichtet werden“. Das widerspricht laut Schinowsky dem Koalitionsvertrag, in dem es heißt: „Wir werden die Arbeit und Struktur der Schlichtungsstelle für Bergschäden als wichtige Anlaufstelle für Bergbaugeschädigte prüfen und uns für eine Fortsetzung der Schlichtungsstelle einsetzen“.

Hintergrund ist eine [einseitige Evaluierung](#) der Schlichtungsstelle durch das Ministerium: Kein einziger Betroffener und auch kein für die Betroffenenenseite benannter Beisitzer war befragt worden. Zudem habe die rigide Schlichtungsordnung den Zugang zur Schlichtungsstelle oft verhindert. Am fehlenden Geld könne die Wiedereinsetzung der Schlichtungsstelle jedenfalls nicht scheitern: Der Landtag hatte mit dem Beschluss des Landeshaushalts 2023/2024 die entsprechenden Beträge für den Weiterbetrieb bereit gestellt.

An Schlichtungsverfahren nimmt das Bergbauunternehmen allerdings grundsätzlich freiwillig teil. Eine grundlegende Verbesserung der Position der Betroffenen würde deshalb vor allem eine Novellierung des Bundesberggesetzes erfordern. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist eine Novelle dieses Gesetzes für die laufende Legislatur vorgesehen, welche Änderungen sich die Ampelkoalition dabei vorstellt, ist bisher jedoch unbekannt.

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0)151 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--